



Friedenssehnsucht – ein Gegensatz

Dr. Klaus Olshausen

März 2023

Zusammenfassung

Jeder sieht den Krieg als humanitäre Katastrophe, jeder ist für Frieden. Das gilt ganz besonders für die Menschen in der Ukraine und auf der Flucht. Aber die einen fordern das „Schweigen der Waffen jetzt“, ermutigen damit Putin, später weiterzumachen und akzeptieren eine amputierte Ukraine. Die anderen sind überzeugt, dass ein fairer, gerechter Friede nur zu erreichen ist, wenn der Aggressor mit seinen Zielen in der Ukraine scheitert. Das verlangt vom „Westen“ absehbar umfassende Unterstützung auch für den gesamten Bedarf der Streitkräfte. Der Kampf für die Charta von Paris muss im Zentrum bleiben, um krisengeschütteltes Chaos und Krieg jetzt zu beenden und danach zu vermeiden.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Jede Analyse der derzeitigen Lage muss als Ausgangspunkt zur Kenntnis nehmen: Russland verfolgt illegitime, völkerrechtlich untersagte politisch-militärische Zwecke. Die Ukraine verteidigt legitime, völkerrechtlich geschützte politische Zwecke. Diese beiden Zwecke sind diametral entgegengesetzt. Jeder Vorschlag für ein Ende der militärischen Auseinandersetzung muss sich an der Durchsetzung des legitimen Zweckes messen lassen. Solange Russland als der Aggressor dies nicht akzeptiert, muss er von den westlichen Staaten und ihren Partnern schneller, umfassender und wirksamer mit Sanktionen gegen Personen, bei Energie, Technologie, Wirtschaft und Finanzen stärker eingeeengt werden. Dieses Erfordernis ist zwar notwendig, aber nicht hinreichend. Es ist inzwischen auch für den größten Optimisten offenkundig, dass selbst mit heftigen Sanktionen kein unmittelbarer Einfluss auf das Kriegsgeschehen auf den Gefechtsfeldern erfolgen kann, wenn der Aggressor entschlossen ist, seine Eroberung fortzusetzen.

Friedenssehnsucht – eine Werkbank Putins?

In der Bundesrepublik wird vermehrt über eine sich ausdehnende Forderung nach „Frieden – jetzt“ berichtet. Die Debatte entwickelt sich mehr und mehr abgehoben von der Frage, welchen Zustand dies für die Ukraine bedeuten würde. Die Lage für dieses Land wird umso dramatischer, wenn auch Intellektuellenkreise jetzt vom Bundeskanzler fordern, die Waffenlieferungen sofort einzustellen.

Niemand in unserem Land ist gegen Frieden, und niemand in Europa wünscht sich Frieden mehr als die Menschen in der Ukraine. Aber anders als die Menschen außerhalb der Ukraine, die in Frieden und Freiheit leben und ihre Friedenssehnsucht aus dem sicheren Hort z.B. der Bundesrepublik artikulieren können, wissen die Menschen in der Ukraine, dass das Schweigen der Waffen allein für sie gerade keinen Frieden bedeutet. Vielmehr bedeutete es Fremdherrschaft, Unterdrückung mit der Fortsetzung aller Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die sie seit über 12 Monaten erleiden und über deren unaussprechliche Art und Anzahl berichtet wird und die wo möglich dokumentiert werden.

Friedenssehnsucht in Deutschland und anderen Staaten v.a. in Westeuropa gibt sich oft in ihren Aussagen sehr empathisch, wenn sie fordert, dass doch das Töten endlich ein Ende haben müsse. Für sie ist das „Schweigen der Waffen“ zentrales Argument, das sie als ein Element ihres Altruismus für das leidende Volk der Ukraine vertritt. Halten diese besorgten Menschen neben solchen Beweggründen daran fest, dass die Ukraine berechtigt ist, ihre volle Souveränität in ihren Grenzen von 1991 zu behalten bzw. wieder zu gewinnen, dann müssen sie die Kluft schließen, wie sie nach dem „Schweigen der Waffen“ – also einem Waffenstillstand an der jeweiligen Frontlinie in der Ukraine – mit politischer Diplomatie und Sanktionen aller Art Putin, den Kreml und Russland insgesamt dazu bringen wollen und werden, alle russischen Truppen und Söldner aller Art hinter die anerkannte russische Grenze zurückzuziehen und natürlich alle illegalen Annexionen aufzugeben. Dazu haben sie (noch) keine auch nur plausiblen Vorstellungen oder Konzepte vorgelegt. Deshalb ist davon auszugehen, dass sie bereit sind oder in Kauf nehmen, einen Teil der Ukraine ihrem Schicksal unter russischer Fremdherrschaft und Unterdrückung zu überantworten.

Zwei Absichten werden erkennbar. Erstens hofft man, sich wieder der eigenen „Wohlfühlgesellschaft“ zuwenden zu können. Zweitens kann man die Aufnahme der (Rest-)Ukraine in die Organisation der EU und der NATO hinausschieben unter dem bisher üblichen Hinweis, man könne kein Land aufnehmen, das ungeklärte und damit unsichere Grenzen habe. Außerdem tritt hinzu, dass die Diplomatie dann ja auch mit Russland wieder



Anknüpfungspunkte fände, unabhängig davon, ob man den Landraub völkerrechtlich anerkennt oder nicht. Diese Perspektive folgt aus den Aussagen bei der Demonstration am 25. Februar in Berlin. Und Frau Wagenknecht beabsichtigt, auf dieser eigensüchtigen, „Germany first“ Grundlage eine „Friedensbewegung“ ins Leben zu rufen, die real dem Täter nutzen wird. In der Medienwelt wurde dieser 25. Februar in großem Umfang – zustimmend wie kritisch – dargestellt.

Friedensehnsucht – für eine freie Ukraine und die Geltung des Rechts

Am Freitag, den 24. Februar waren in zahlreichen Städten in Deutschland viele tausende Menschen auf der Straße, deren Friedensehnsucht das Schicksal einer freien, demokratischen Ukraine in den Mittelpunkt stellte. Diese öffentlichen Ereignisse begannen immer mit der klaren, ausführlichen Verurteilung von Putins unsäglich Aggression. Diese zielt über die Unterwerfung der Ukraine und der Vernichtung der ukrainischen Kultur hinaus auf das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung insgesamt.

Mit diesen Feststellungen ist klar, dass diese Menschen die weitere, stärkere und schnellere Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte mit Waffen und Ausrüstung für zwingend halten. Anders als am 25. Februar geht es am Vortag darum, vor jedem Waffenstillstand Russland so weit wie möglich zurückzudrängen. Die Friedensehnsucht aller Ukrainer ist unzertrennlich mit der Sehnsucht nach einer freien, integren, souveränen Ukraine verbunden. Deshalb darf die Angst der Menschen in Deutschland und anderen Staaten vor Putins häufig erwähneter Eskalation nicht das eigene Handeln für die Ukraine lähmen.

Fazit

Jeder Krieg – so bei beiden Demonstrationen – ist eine humanitäre Katastrophe.

Aber die einen fordern das „Schweigen der Waffen jetzt“, womit Gewinne Putins festgeschrieben werden. Das kann und wird ihn zu weiterem Ausgreifen später ermutigen. Die Ukraine wird als „amputierter“ Staat ein beständiger Quell von Unruhe, Krise und Gewalt bleiben.

Die anderen sind überzeugt, dass ein fairer, gerechter Friede nur zu erreichen ist, wenn der Aggressor mit seinen Zielen in der Ukraine scheitert. Und das verlangt eben neben Waffen (mit Einschränkungen), Munition und Ausrüstung auch finanzielle, technische und wirtschaftlich Hilfe in beträchtlichem Umfang.

In diesem dynamischen Geschehen im Krieg und darüber hinaus müssen die westlichen Staaten und ihre Partner eine Politik für die regelbasierte Ordnung der Charta von Paris ohne Wenn und Aber ins Zentrum rücken, wenn krisengeschütteltes, ja kriegerisches Chaos in Europa und anderen Teilen der Welt eingedämmt werden und bleiben soll.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig in *Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik*, Nr. 393, 13. März 2023.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>

